

## HESSISCHER LANDTAG

17.11.2003 Dem Haushaltsausschuss überwiesen

## Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)

Drucksache 16/834

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 71 Polizeipräsidium Nordhessen

Zu Titel 425 01 Vergütungen der Angestellten

- Laufende Zahlungen -

Der Ansatz von 9.772.900 € wird um 388.500 € auf 10.161.400 € erhöht.

Die Stellenübersicht 2004 wird wie folgt geändert:

Es werden umgesetzt von Titel 422 01 und umgewandelt:

3 Stellen IV b 9 Stellen V c 25 Stellen VI b 1,5 Stellen VII

## Begründung:

Durch Maßnahmen der (Plan-) Stellenbewirtschaftung sind eine Reihe von (Plan-)Stellen zum Teil schon seit über 10 Jahren entgegen der vorgesehenen Laufbahn oder Beschäftigtengruppe besetzt. Um den Grundsätzen einer klaren Haushaltsführung Rechnung zu tragen sind die Stellenpläne und -übersichten an die tatsächliche (Plan-) Stellenbesetzung anzupassen und - soweit die tatsächliche (Plan-)Stellenbesetzung nicht bereits in die im Jahr 1999 erfolgte Veranschlagung dezentrale der Personalausgaben eingeflossen ist - die entsprechenden Mittelumsetzungen vorzunehmen.

Wiesbaden, 14. November 2003

Der Fraktionsvorsitzende: Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)